

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2008

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:30 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 16:40 Uhr - 17:05 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

Oberbürgermeister David (Vorsitzender)

CDU

Herr Dr. Annecke
Herr Helling
Herr Heinrichsmeier (für Herrn Dr. Zillies)
Herr Lux
Herr Nettelstroth

SPD

Frau Biermann
Herr Clausen
Herr Hamann
Frau Schrader (für Herrn Fortmeier)
Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rees
Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann (beratendes Mitglied)

Die Linke

Frau Schmidt (beratendes Mitglied)

Bürgernähe

Herr Schmelz (beratendes Mitglied)

Nicht anwesend:

Herr Dr. Zillies, CDU-Fraktion
Herr Fortmeier, SPD-Fraktion

Verwaltung:

Stadtkämmerer Löseke
Beigeordneter Moss
Beigeordneter Kähler
Beigeordnete Ritschel
Herr Schlüter, Presseamt
Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

Gäste

Herr Prof. Dr. Timmermann	Rektor der Universität Bielefeld
Herr Simm	Kanzler der Universität Bielefeld
Herr Prof. Dr. Biegler-König	Prorektor der Fachhochschule Bielefeld

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 02.12.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Zur Tagesordnung fasst der Hauptausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

Die Punkte

TOP 5 Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030,

TOP 6 Aufnahme der Stadt Bielefeld in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und

TOP 7 Demographiebericht 2008

werden von der Tagesordnung Sitzung abgesetzt und in einer Sondersitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, den 18.12.2008, erörtert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 50. Sitzung des Hauptausschusses am 13.11.2008

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 50. Sitzung des Hauptausschusses am 13.11.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

Hochschulcampus Bielefeld
Erweiterung des Universitäts-Stammgeländes um den Standort
Hochschulcampus Nord
- Begrüßungsbeschluss -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6263/2004-2009

Unter Bezugnahme auf das Bebauungsplanverfahren führt Herr Beigeordneter Moss aus, dass sich das Verfahren nach Fassung des Entwurfsbeschlusses durch die zuständigen politischen Gremien nunmehr in der Phase der Offenlage, in der eine Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange sowie der Öffentlichkeit erfolge, befinde. Nach entsprechender Auswertung zu Beginn des Jahres 2009 könne voraussichtlich im Frühjahr 2009 der Satzungsbeschluss herbeigeführt werden. Die Tatsache, dass Herr Minister Pinkwart und Herr Ministerpräsident Rüttgers gestern bzw. heute im Rahmen ihrer Pressekonferenzen zur Finanzierung der Hochschullandschaften in Nordrhein-Westfalen den Standort Bielefeld namentlich genannt hätten, sei sehr erfreulich und gebe ein hohes Maß an Planungssicherheit. Zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Drucksache sei die positive Haltung der Landesregierung noch nicht bekannt gewesen. Um zu verhindern, dass in der Öffentlichkeit und bei dem Land Nordrhein-Westfalen als Zuschussgeber der Eindruck entstünde, dass auf städtischer Ebene noch Planungsalternativen in Betracht gezogen würden, habe sich die Verwaltung dazu entschlossen, dem Hauptausschuss die vorliegende Drucksache zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Herr Beigeordneter Moss betont, dass dies nicht im Zusammenhang mit dem laufenden Bebauungsplanverfahren stehe. Ziel sei vielmehr ein eindeutiges politisches Bekenntnis zum Erweiterungsstandort „Lange Lage“, um mögliche Irritationen zu vermeiden.

Herr Oberbürgermeister David unterbricht sodann die Sitzung, um Herrn Prof. Dr. Timmermann, Herrn Simm sowie Herrn Prof. Dr. Biegler-König Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 16:40 Uhr bis 17:05 Uhr.

-.-.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärt Herr Clausen, dass die Entwicklung des Hochschulcampus eine große Chance für Bielefeld darstelle, da es nicht nur um die Entwicklung des Hochschulstandortes, sondern auch um den Wirtschafts- und damit um den Lebensstandort Bielefeld gehe. Seine Fraktion befürworte die Erweiterung des Universitätsgeländes auf der „Langen Lage“.

Herr Bürgermeister Helling führt aus, dass der Hochschulcampus ein Leuchtturmprojekt sei, das auch der Zukunftsfähigkeit Bielefelds diene. Das geschlossene und einvernehmliche Auftreten von Politik und Hochschulen in Bielefeld und der Region habe erheblich dazu beigetragen,

dass die Landesregierung die Erweiterungsplanungen nachhaltig unterstütze. In einem nächsten Schritt sollten in diesem Bereich externe Institute angesiedelt werden, um dadurch Drittmittel akquirieren zu können.

Frau Dr. Schulze gratuliert den Vertretern der Hochschulen zu dem Erfolg, der das Ergebnis hervorragender Arbeit gewesen sei, was sich auch an dem Ergebnis der Exzellenzinitiative zeige. Sie räumt ein, dass ihre Fraktion die Erweiterungsabsichten auf der „Langen Lage“ aufgrund des hohen Flächenverbrauchs sehr skeptisch beurteilt habe. Im Laufe des Verfahrens hätte sich jedoch gezeigt, dass alternative Planungen keine Perspektiven hätten, da sich sowohl die Universität wie auch die Fachhochschule zur Stärkung des Hochschulstandortes Bielefeld für eine Erweiterung auf dem Gelände der „Langen Lage“ ausgesprochen hätten. In einem Abwägungsprozess habe sich ihre Fraktion dann trotz vorhandener Bedenken für die Position der Hochschulen ausgesprochen und die weitere Entwicklung mitgetragen. Abschließend äußert Frau Dr. Schulze die Hoffnung, dass die mit dem Vorhaben verbundenen Wettbewerbsvorteile in Konkurrenz zu anderen Hochschulen erfolgreich genutzt würden.

Herr Schulze erklärt, dass seine Fraktion die Weiterentwicklung von Universität und Fachhochschule als einzigartige Bereicherung der Stadt Bielefeld ausdrücklich begrüße.

Herr Schmelz führt aus, dass eine Weiterentwicklung der Hochschulen grundsätzlich zu begrüßen sei. In Anbetracht des hohen Flächenverbrauchs spreche er sich allerdings für die Alternative „Plan B“ aus und fordere unter Berücksichtigung der im Bielefelder Osten gelegenen Fachhochschulen eine stärkere Einbindung in die Innenstadt. Darüber hinaus kritisiert er, dass die geplante Verlängerung der Linie 4 auf das Gelände der „Langen Lage“ zu Lasten anderer wichtiger Verkehrsprojekte wie z. B. einer Stadtbahnlinie nach Heepen gehe.

Herr Lux betont, dass die Geschlossenheit zwischen den Hochschuleinrichtungen und zwischen den politischen Fraktionen wesentlich zum Gelingen des Projektes beigetragen habe. Durch dieses Auftreten und der Vorlage eines vernünftigen Konzepts sei es im Wettbewerb mit anderen Hochschulstandorten gelungen, die Landesregierung zu überzeugen. Gleiches gelte für das sinnvolle Projekt der Verlängerung der Linie 4, das ebenfalls durch einvernehmliche Voten in der Prioritätenliste nach vorne gerückt sei. Abschließend führt Herr Lux aus, dass der Hochschulcampus Nord eine große Chance für Bielefeld bedeute und dass die Konzentration an einem Standort hervorragende Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Vernetzung biete, die für weitere Ansiedlungen genutzt werden sollten.

Herr Buschmann begrüßt, dass die Universität Bielefeld in den Wettbewerb mit anderen Hochschulen eingetreten sei.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Prof. Dr. Timmermann, Herrn Simm sowie Herrn Prof. Dr. Biegler-König fasst der Hauptausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

- 1. Der Hauptausschuss der Stadt Bielefeld unterstützt zur Stär-**

kung des Hochschulstandortes Bielefeld die Zielsetzungen

- **Konzentration der Fachhochschule an einem Standort,**
 - **unmittelbare Nachbarschaft der Hochschulen,**
 - **Schaffung hochwertiger Flächenpotentiale für Forschungsinstitute, Forschungs- und Entwicklungszentren und**
 - **Schaffung von Ausweichflächen für die Universität in unmittelbarer Nähe.**
2. **Der Hauptausschuss der Stadt Bielefeld begrüßt die Erweiterung des Universitäts-Stammgeländes um den Standort Hochschulcampus Nord, der es ermöglicht,**
- **die zur Erreichung der Zielsetzungen formulierten Programmanforderungen bedarfsgerecht und qualitativvoll umzusetzen und**
 - **gleichzeitig die Freiraumqualitäten des Universitätsstammgeländes und dessen verträgliche Einbindung in sein städtebauliches Umfeld zu erhalten.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Zukunft der Stadtbahn in Bielefeld - Vision 2030

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5795/2004-2009/1

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Zu Punkt 6

Aufnahme der Stadt Bielefeld in die Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6245/2004-2009

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Zu Punkt 7

Demographischer Wandel in Bielefeld: "Demographiebericht 2008 - Eine Bilanz mit Perspektive"Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6236/2004-2009

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

Zu Punkt 8

Ehrungen der Stadt Bielefeld beim Ausscheiden von Mandatsträgerinnen und MandatsträgernBeratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5959/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

1. Alle ausscheidenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind bei ihrem Ausscheiden angemessen für ihre Arbeit zu ehren.
2. Für Ratsmitglieder und Bezirksvertretungsmitglieder gilt ab dem 01.01.2009 folgende Regelung:

Bei einer Zugehörigkeitsdauer Ehrung

bis 10 Jahre	Silbermünze
--------------	-------------

mehr als 10 Jahre - weniger als 20 Jahre	Goldmünze
---	-----------

mindestens 4 Wahl- perioden/ 20 Jahre und mehr	Porzellan-Leineweber
--	----------------------

Wenn Personen sowohl im Rat als auch in einer Bezirksvertretung waren und für die Ehrung gleiche Präsente vorgesehen sind, ist in der Bezirksvertretung ein alternatives Geschenk im gleichen Wert wie das eigentliche Präsent zu übergeben.

3. Über die Form der Ehrung für folgende Personen entscheidet der Hauptausschuss im Einzelfall:
 - a) Oberbürgermeister, die mindestens 2 Jahre im Amt waren
 - b) Bürgermeister, die mindestens 3 Wahlperioden im Amt waren
 - c) Rats-Fraktionsvorsitzende, die mindestens 3 Wahlperioden im Amt waren.
4. Der Beschluss des Hauptausschusses vom 12.01.1995 tritt mit

Wirkung vom 01.10.2009 außer Kraft.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld und der 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 27.06.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5839/2004-2009

Frau Beigeordnete Ritschel weist darauf hin, dass der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 09.12.2008 folgende Ergänzung zu § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung beschlossen habe:

„In § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld (Anlage 1 der Vorlage) ist folgender Abs. 5 einzufügen:

Bisherige traditionelle Osterfeuer im öffentlichen Interesse sind weiterhin zu genehmigen; darüber hinaus sind auch zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Osterfeuer zu genehmigen.“

Auf die Frage von Frau Dr. Schulze, ob die vom Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss (UStA) beschlossene Ergänzung überhaupt noch einen Ermessensspielraum der Verwaltung zulasse, führt Frau Beigeordnete Ritschel aus, dass die Diskussion im UStA gezeigt habe, dass in der Sache selbst grundsätzlich Einigkeit bestehe. Es gehe nicht darum, die Durchführung der im öffentlichen Interesse liegenden Osterfeuer zu unterbinden, sondern private Feuer zum Verbrennen von Gehölzschnitten zu verbieten und dadurch auch Gesundheits- und Klimaschutzaspekten Rechnung zu tragen.

Herr Schmelz spricht sich dafür aus, die in § 4 Abs. 2 Nr. c der Verordnung genannten Mindestabstände zur Verringerung der Luftverschmutzung auch auf die traditionellen Osterfeuer anzuwenden.

Herr Nettelstroth betont, dass die Verordnung dazu diene, „wilde“ Osterfeuer zu unterbinden, während traditionelle Osterfeuer hingegen gerade nicht verboten werden sollen. Eine strikte Anwendung der in § 4 Abs. 2 Nr. c genannten Kriterien würde dazu führen, dass eine Vielzahl der Brauchtumsfeuer nicht mehr durchgeführt werden könnte.

B e s c h l u s s:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt dem Vorschlag der Verwaltung mit folgender Änderung zu folgen:

In § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchfüh-

rung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld (Anlage 1 der Vorlage) ist folgender Abs. 5 einzufügen:

„Bisherige traditionelle Osterfeuer im öffentlichen Interesse sind weiterhin zu genehmigen; darüber hinaus sind auch zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Osterfeuer zu genehmigen.“

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 137.000 € im UA 1610 - Luftrettung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6133/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

B e s c h l u s s:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die Nachbewilligung von 120.000 € in der Haushaltsstelle 1.1610.670000.0 – Kostenerstattung Bund – und 17.000 € in der Haushaltsstelle 1.1610.571000.1 – Gestellung der Rettungsärzte –.

Deckung durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe in der Haushaltsstelle 1.1610.110000.4 – Gebühren Luftrettung – .

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die Nachbewilligung von 120.000 € in der Haushaltsstelle 1.1610.670000.0 – Kostenerstattung Bund – und 17.000 € in der Haushaltsstelle 1.1610.571000.1 – Gestellung der Rettungsärzte –.

Deckung durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe in der Haushaltsstelle 1.1610.110000.4 – Gebühren Luftrettung – .

- einstimmig beschlossen -

David
Oberbürgermeister

Kricke
Schriftführer